

Antrag

der CDU-Fraktion

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema:

Schulfrieden und Bildungsqualität in Brandenburg

Die Bildungsministerin hat bekannt gegeben, dass die Landesregierung plant, die Hälfte der Förderschulen bis 2019 zu schließen und dass jede Grundschule ab dem Schuljahr 2013/2014 in der Lage sein soll, jedes Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufzunehmen. Bereits im kommenden Schuljahr sollen einige Grundschulen ein Pilotprojekt durchführen, ohne dass dafür bislang Rahmenbedingungen und fachliche Standards entwickelt wurden. Zudem wird in der rot-roten Koalition über die Einführung der Einheitsschule und die Abschaffung des Gymnasiums diskutiert.

Die im Mai und Juni durchgeführten Regionalkonferenzen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im brandenburgischen Schulsystem haben eine Menge Fragen aufgeworfen, z.B. wie das Niveau von individueller Förderung für Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf gehalten werden kann. Antworten auf Fragen ist die Landesregierung bislang schuldig geblieben. Dies hat zu einer großen Verunsicherung bei Eltern, Lehrern und Kindern geführt.

In Anbetracht der geplanten Einsparungen im Bereich Bildung – allein 27 Mio. Euro im Jahr 2012 – muss geklärt werden, wie Bildung im Land Brandenburg in Zukunft funktionieren soll. Brandenburger Schüler haben ein Recht auf gute Bildungsqualität und auf einen Schulfrieden im Bildungssystem. Dafür müssen die richtigen Rahmenbedingungen existieren. Dies soll in der aktuellen Stunde am Ende des Schuljahres 2010/2011 und in Vorbereitung für das neue Schuljahr diskutiert werden.

Dr. Saskia Ludwig
für die CDU-Fraktion

Datum des Eingangs: 14.06.2011 / Ausgegeben: 14.06.2011